

Rawls, John: The Law of Peoples. ISBN 0-674-00079-X

Es geht die Mär, bei John Rawls handle es sich um einen anämischen und für das harte Leben dieser Welt zu schwächlichen, durchaus recht langweiligen und insofern typisch liberalen Denker. John Rawls - ein Hans Castorp der Gegenwartsphilosophie? Seit dem Erscheinen von "Eine Theorie der Gerechtigkeit" vor genau drei Jahrzehnten begleitet eine derartige Verunglimpfung die Wahrnehmung seiner Schriften. Auch heute noch ist in so manchem Department amerikanischer Universitäten eine demonstrativ zur Schau gestellte Abneigung gegen den Liberalismus der eigenen Reputation förderlich. Nur noch eine Schrumpfversion jenes Liberalismus, den Rawls seit den frühen siebziger Jahren überhaupt erst wieder in die Diskussionen der politischen Philosophie einführte, wird dabei freilich zur Kenntnis genommen. Nun sind der innerste Kern und die ursächlichen Motive von Rawls' Liberalismus all jenen, die Augen haben, zu lesen, niemals verborgen geblieben. Unabwendbar aber wird die Einsicht, daß Rawls im vollen Wortsinne politischer Philosoph ist und also politische Philosophie betreibt, wenn man sich mit den nun pünktlich zu seinem achtzigsten Geburtstag (F.A.Z. vom 21. Februar) vorliegenden Neuerscheinungen vertraut macht.

Wenn Rawls anlässlich des fünfzigsten Jahrestages des Atombombenabwurfs auf Hiroshima in einem nunmehr in den "Collected Papers" enthaltenen Artikel zu einer vehementen Verurteilung dieses Abwurfs gelangt, dann hört man unschwer die Stimme eines in seiner eigenen politischen Kultur zutiefst verwurzelten Liberalen. Und wenn Rawls in einem Interview mit der Zeitschrift "Commonweal", dem meinungsführenden Organ eines liberalen Katholizismus in den Vereinigten Staaten, die mit dem ersten amendment verfassungsrechtlich institutionalisierte Trennung von Staat und Religion als Grundlage der bemerkenswerten Vitalität der Religion in Amerika begreift, dann läßt sich kaum noch mit Gründen unterstellen, Rawls habe eine säkulare Weltanschauung in das Gewand der politischen Theorie gekleidet.

Rawls' Liberalismus, nicht zuletzt dies bezeugen die in den "Collected Papers" versammelten Arbeiten, hält Religion für viel zu wichtig, um sie zum Spielball öffentlicher Interessen verkommen zu lassen. Nicht einer Privatisierung der Religion wird das Wort geredet, lediglich - und hier steht Rawls ganz im Banne Tocquevilles - ihre Instrumentalisierung für politische Zwecke wird scharf zurückgewiesen. Wenn schließlich in dem Aufsatz "Outline of a Decision Procedure for Ethics" aus dem Jahre 1951, einem Exzerpt der in Princeton eingereichten Dissertation und Rawls' erste Publikation überhaupt, der Versuch entwickelt wird, aus der Situation eines normativen Konflikts selbst orientierende Maßstäbe zu entwickeln, dann ist dieses Bemühen dem alltäglichen Handeln in einer Weise verpflichtet, wie sich dies weder für einen prinzipienlosen Dezisionismus noch für eine handlungsferne Prinzipienethik behaupten läßt. Mit diesen kleineren, an verstreuten Orten zu verschiedenen Zeiten und Anlässen publizierten Arbeiten wird ein Bild schärfer konturiert, dessen Umrisse durch die beiden Hauptwerke "Eine Theorie der Gerechtigkeit" und "Politischer Liberalismus" schon unverrückbar festgelegt waren.

In einer Hinsicht jedoch führen die in den neunziger Jahren verfaßten Aufsätze eine entscheidende Innovation in das Theoriegebäude des Rawlsschen Liberalismus ein: Nach der frühen Begründung der Konzeption von "Gerechtigkeit als Fairneß" und dem später in "Politischer Liberalismus" geführten Nachweis, daß diese Konzeption in liberalen Demokratien sich nicht auf den schalen Kompromiß eines Modus vivendi beschränken muß, sondern die integrative Kraft eines "übergreifenden Konsensus" erzeugen kann, legt sich Rawls nun die Frage nach der für den politischen Liberalismus angemessenen Außenpolitik vor.

Die mehrmals überarbeitete Vorlesung "The Law of Peoples", die in den "Collected Papers" leider nicht in ihrer vollständigen Fassung enthalten ist, sondern nur als Teil einer gesonderten Monographie komplett zugänglich ist, läßt sich als jener Schlußstein begreifen, der eine beeindruckende architektonische Konstruktion vollendet. Rawls imaginiert nun aber gerade nicht, wie man vermuten könnte, einen globalen Urzustand, in dem einzelne Staaten hinter einem "Schleier der Unwissenheit" sich auf Prinzipien der Kooperation erst zu einigen hätten; er überträgt also nicht das methodische Instrumentarium aus "Eine Theorie der Gerechtigkeit" auf ein neues Terrain. Ausschließlich die Suche nach einer für liberale Gesellschaften angemessenen Außenpolitik beschäftigt den Autor.

Rawls hält die Beantwortung von vier Fragen für notwendig: Nach welchen Regeln sollen liberale Gesellschaften kooperieren? Wie haben sie sich gegenüber "nichtliberalen, aber zivilisierten" Gesellschaften zu verhalten? Unter welchen Umständen sind liberale Gesellschaften zu kriegerischen Handlungen berechtigt? Und schließlich: Zu welcher Form von Hilfe und Solidarität gegenüber wirtschaftlich und sozial benachteiligten Staaten sind liberale Gesellschaften verpflichtet? Aussichten, diese Fragen zufriedenstellend zu beantworten, gesteht Rawls einzig einer "realistischen Utopie" zu. Diese soll sich auszeichnen durch stete Orientierung an der von Rousseau im ersten Satz des "Contrat Social" geäußerten Maxime, die Menschen zu nehmen, "wie sie sind, und die Gesetze, wie sie sein

können".

Ein vernünftiges law of peoples blickt demnach zuerst auf die Gegebenheiten der internationalen Weltpolitik und behandelt erst im Anschluß daran die Frage, "wie die Außenpolitik einer in vernünftiger Weise gerechten liberalen Gesellschaft verfaßt sein sollte". Mit diesen Grundsätzen einer "realistischen Utopie" distanziert sich Rawls zum einen von jener kosmopolitischen Vision eines Weltbürgertums, die er seinen Schülern Pogge und Beitz unterstellt. Insofern Pogge wie Beitz versuchen, die Grundsätze internationaler Gerechtigkeit aus der simplen Übertragung des in "Eine Theorie der Gerechtigkeit" entwickelten methodischen Verfahrens zu gewinnen, nehmen sie - so lautet Rawls' Vorwurf - die Menschen eben nicht, "wie sie sind".

Schärfer noch aber wendet sich Rawls gegen jene Gleichsetzung des Vernünftigen mit dem Rationalen, die er als bestimmendes Merkmal der realistischen Schule seit den Tagen des Thukydides ansieht. Lord Palmerstons These, wonach England weder ewige Feinde noch Freunde habe, sehr wohl aber ewige Interessen, weiß keine Maßstäbe für die Außenpolitik einer liberalen Gesellschaft anzugeben, weil sie an Rousseaus Frage, wie Gesetze "sein könnten", überhaupt kein Interesse zeigt.

Wie nun sollen die Gesetze eines law of peoples nach liberalen Maßstäben beschaffen sein? Rawls' "realistischer Utopie" gemäß einigen sich liberale Gesellschaften auf acht Prinzipien der Kooperation, die sich im wesentlichen an den historisch tradierten Vorschriften des Völkerrechts orientieren: der Beachtung der prinzipiellen Freiheit und Unabhängigkeit einzelner Gesellschaften; der Pflicht zur Beachtung der Menschenrechte; dem Recht auf Selbstverteidigung; der Pflicht zur Nichtintervention. Wie jedoch haben sich liberale Demokratien gegenüber "nichtliberalen, aber zivilisierten" Gesellschaften zu verhalten? Kann und soll eine vom Standpunkt des Liberalismus aus defizitäre Gesellschaftsordnung toleriert oder soll sie zu einer Annahme liberaler Prinzipien gedrängt werden?

Rawls plädiert für weitestgehende Toleranz gegenüber "nicht-liberalen, aber zivilisierten" Gesellschaften. Einzig gegenüber Staaten, die weder liberal noch zivilisiert denken und handeln, die also Menschenrechte verletzen, verfügen liberale Gesellschaften über ein Recht auf Intoleranz; die grundsätzliche Pflicht zur Nichtintervention kann durch eine eklatante Verletzung der Menschenrechte aufgehoben werden. Den weitgespannten Versuch, Grundsätze einer liberalen Außenpolitik zu konzipieren, runden Bemerkungen über die Pflicht liberaler Gesellschaften ab, ökonomisch und sozial benachteiligten Gesellschaften beizustehen.

Mit "The Law of Peoples" und den "Collected Papers" bringt Rawls somit ein theoretisches Unternehmen zum Abschluß, das einst mit einer Widerlegung der utilitaristischen Moralphilosophie einsetzte, sich im Anschluß daran aber zunehmend als "politischer Liberalismus" und eben nicht als moralphilosophische Begründung des Liberalismus begriff. Der Versuch einer Verwandlung der ehrwürdigen Tradition einer prima philosophia in politische Philosophie dürfte beim späten Rawls auf wenig Gegenliebe stoßen. "Politische Werte", so heißt es in dem nun ebenfalls zugänglichen Aufsatz "The Idea of Public Reason Revisited", "sind keine moralischen Lehren ... Moralische Lehren gleichen der Religion oder der 'prima philosophia'. Im Gegensatz dazu fallen liberale politische Prinzipien und Werte unter die Kategorie des Politischen."

Rawls' politischer Liberalismus formuliert demnach keine liberale Weltanschauung. Vor allem dieser Eindruck ist es, den die in den "Collected Papers" versammelten Arbeiten bestärken. Auch die Anhänger nichtliberaler Lebensformen und Denkweisen können einen politischen Liberalismus aus den richtigen Gründen unterstützen. Familien müssen nicht, so Rawls, den Umverteilungsforderungen seines "Differenzprinzips" Genüge tun, solange die körperliche Unversehrtheit jedes Familienmitglieds garantiert ist; Kirchen müssen nicht demokratisch organisiert sein, solange Häresie und Apostasie keinem Todesurteil gleichkommen. Entscheidend ist, daß sie sich zur Idee eines öffentlichen Vernunftgebrauchs bekennen und begreifen, daß die Freiheit ihrer Lebensweise mit der Freiheit anderer Lebensweisen nur in einer liberalen Gesellschaft vereinbar ist.

PETER VOGT

John Rawls: "Collected Papers". Hrsg. v. Samuel Freeman. Harvard University Press, Cambridge/Massachusetts 1999. 656 S., geb., 24,95 Dollar.

John Rawls: "The Law of Peoples". With "The Idea of Public Reason Revisited". Harvard University Press, Cambridge/Massachusetts 1999. 199 S., geb., 13,95 britische Pfund.

Alle Rechte vorbehalten. © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main